

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Glanzvorstellungen ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

### Reichskonferenz unseres Verbandes.

Am 2. Oktober wurde in Bochum eine Reichskonferenz unseres Verbandes abgehalten. Kamerad Husemann wies bei der Eröffnung dieser Tagung auf den Ernst der Lage in Deutschland hin. Er führte aus, daß die verfallenen Wahlkämpfe nicht nur mit dem Stimmzettel geführt, sondern auch Opfer an Menschenleben zu beklagen seien. Eine ganze Reihe von Freiheitkämpfern, die unter dem Banner der Eisernen Front für den Sozialismus kämpften, wurden dabei schwer verletzt und getötet. Diesen Opfern des sozialistischen Befreiungskampfes gilt unser Andenken. Aber auch diejenigen Kameraden, die seit unserer letzten Reichskonferenz durch den Tod dahingerafft worden sind, die aber während ihrer Lebenszeit sich in der Bergarbeiterbewegung große Verdienste erworben haben, wollen wir ehren. Um nur einige zu nennen, darf ich nur folgende bekannte Namen erwähnen: Heinrich Limberg, Heinrich Hansmann, Heinrich Kösemeier, Heinrich Manes, Keller, Robert Rauch, Paul Umbreit, Alf. Thomas, Fritz Grundmann, Otto Kost, Hans Boekenkirchner. All diesen Kämpfern, und auch den vielen namenlosen Mitstreitern, die seit der letzten Reichskonferenz durch den Tod aus unserer Mitte gerissen worden sind, gilt unser Gedanke. Wir wollen in ihrem Sinne wirken und weiter kämpfen, dann ehren wir ihr Andenken am besten. Gedanken wollen wir aber auch der freigeorganierten Kämpfer, die gegenwärtig hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern sitzen. Wir wollen erneut geloben, alles daran zu setzen, sie zu befreien. Ihre Freiheitsberaubung muß für uns ein neuer Ansporn dafür sein, unsere Kraft in den Dienst der gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegung zu stellen.

Die Tagesordnung der Konferenz umfaßte folgende fünf Punkte:

1. Wirtschaftsüberblick. — Husemann.
2. Mitgliederbewegung und -werbung während der Krise. — Biedermann und Berner.
3. Die neuen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verordnungen. — Martini und Lehmann.
4. Bericht vom Intern. Bergarbeiterkongress. — Dr. Berger.
5. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Zum ersten Punkt:

### Wirtschaftsüberblick

führte Kamerad Husemann unter anderem folgendes aus: Werte Kameraden! Wenn ich zu Beginn unserer Beratungen die Wirtschaftsentwicklung des letzten Halbjahres seit unserer letzten Reichskonferenz kennzeichnen soll, so kann ich nur feststellen, daß die Arbeitslosigkeit im deutschen Bergbau nicht nur unverändert angehalten hat, sondern eine noch weitere Verschärfung eingetreten ist. Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter im Bergbau liegt sogar über dem Durchschnitt der übrigen Berufsgruppen. Allein in den letzten zwölf Monaten (bis Ende August 1932) hat die Arbeitslosigkeit im Bergbau um weitere 30 Prozent zugenommen. Dabei drücken die 220 000 arbeitssuchenden Bergarbeiter, von denen die Hälfte Wohlfahrts-erwerbslose sind, noch gar nicht den tatsächlichen Stand der Arbeitslosigkeit aus. Man muß zu dieser Zahl noch diejenigen hinzurechnen, die vollends ausgebeutert sind oder die Hoffnung endgültig aufgegeben haben, jemals wieder im Bergbau Beschäftigung zu finden. Es sind nicht wenige, die davon betroffen sind, denn der fortgesetzte Rückgang der Belegschaftszahlen zeigt dies.

Man kann die Gesamtzahl der arbeitslosen Bergarbeiter im ganzen Reich und in allen Bergbauarten sicherlich auf 300 000 annehmen.

Demgegenüber sind zur Zeit nur noch 430 000 Bergarbeiter im Kohlen-, Kalk- und Erzbergbau (ausschließlich Saargebiet) in Arbeit, und zwar durchweg in Kurzarbeit. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind im Ruhrgebiet 7,2 Millionen und in Oberschlesien 1,1 Millionen Feierschichten wegen Absatzmangels eingelegt worden. Ähnlich liegen die Dinge in den anderen Bergbauzweigen, im Braunkohlen-, Kalk- und Erzbergbau. Überall spiegelt sich die Absatzkrise in der Zahl der durch Absatzmangel verursachten Feierschichten wieder. Am ärgsten scheint dabei der Kalkbergbau betroffen.

Von 229 mit einer Beteiligungsziffer ausgestatteten Kalkschächten Deutschlands stehen nur noch etwa 40 in Förderung!

Erst jetzt, zum Herbst, bahnt sich dort eine allerdingens vorerst noch geringfügige Besserung des Beschäftigungsgrades an. Etwas günstiger liegen die Beschäftigungsverhältnisse im Braunkohlenbergbau, freilich auch hier wieder mit Unterschied. Hat doch der ostfälische Braunkohlenbergbau etwa halbmal mehr Feierschichten als der rheinische Braunkohlenbergbau je angelegten Arbeiter. Auch innerhalb der Reviere ist die Verteilung der Feierschichten auf die einzelnen Zechen ungleich. So gab es im August im Ruhrgebiet Zechen, die bis zu 14 Feierschichten eingelegt haben, während andere überhaupt nicht zu feiern brauchten. Auf Zechen, wo Feierschichten eingelegt wurden, kam es trotz unserer Kritik immer noch vor, daß ein Teil der Belegschaft anfahren durfte, um vollzusehen. Diese ungleichmäßige Verteilung des Arbeitsquantums verschärft natürlich die gefährliche Situation, die auch nur in etwa zu meistern bisher weder den Zechenbesitzern noch dem halben Duzend Notverordnungen der Reichsregierung gelungen ist.

Wie sehr diese fortgesetzte Verschlechterung die Lebensmöglichkeiten der Bergarbeiter herabgedrückt hat, ist uns ja allen bekannt. Nach einer amtlichen Untersuchung sind

### Die Barverdienste im Steinkohlenbergbau

von insgesamt rund 100 Mill. M. monatlich im Jahre 1929 auf 38 Mill. M. im Mai 1932 zurückgegangen! Gegenwärtig dürften es nicht mehr als 35 Mill. M. im Monat sein. Das Gesamteinkommen der Bergarbeiter im Steinkohlenbergbau hat also in den Krisenjahren bis heute eine 65prozentige Schmälerung erfahren. Die Entwicklung des Verdienstes im Braunkohlenbergbau verlief ähnlich. Auch hier sind die Lohnsummen mehr als halbiert worden. Beitrag im Durchschnitt 1929 die Barverdienstsumme im Braunkohlenbergbau noch 14,4 Mill. M. monatlich, so sank diese Summe im Juni 1932 auf 7,3 Mill. M.

Wenn heute Handel und Wandel in den Industriezentren darniederliegen, so finden wir in solchen Zahlen die richtige Erklärung dafür. Wer in Kenntnis dieser Tatsachen noch einen weiteren Lohnabbau im Bergbau propagiert, dessen volkswirtschaftliches und soziales Bewußtsein ist getrübt.

Alle Bemühungen zur Wirtschaftsanfurbelung müssen scheitern, wenn man die Arbeiterschaft noch länger unter diesem Druck läßt.

Haben denn unsere Unternehmer und verantwortlichen Regie-

### positives Wirtschafts- und Aufbauprogramm

entwickelt, das die Zustimmung aller hat, die es mit unserem Volke wirklich gut meinen und in dem Volke nicht nur das Objekt für zweifelhafte bürokratische Kunstgriffe sehen; denn was auf der anderen Seite die Regierung Papen in ihren zahlreichen Deklamationen und Verordnungen zur Belebung der Wirtschaft propagiert, ist von fruchtbarer Zukunftsgestaltung weit entfernt. Papen will der Privatwirtschaft, wie er sagte, noch einmal eine Chance, gemäßigteren eine zwölfmonatige Bewährungsfrist geben. Die Regierung von Papen läßt sich das auch etwas kosten, d. h., alle Liebesgaben der Regierung von Papen für die Privatwirtschaft in Form von Steuererlassen, höchstbedenklichen Einfuhrkontingenten für landwirtschaftliche Erzeugnisse und eine im Effekt fragwürdige Zinsentlastung für Agrarkredit müssen schließlich doch vom Volke bezahlt werden. Das dicke Ende kommt dann hinterher. Vielleicht vergehen darüber gar nicht mal die zwölf Papenschen Monate; denn wir müssen die ernstliche und begründete Befürchtung hegen, daß das jetzt bekanntgegebene Agrarprogramm der Reichsregierung mit den darin den Landwirten versprochenen Einfuhrkontingentierungen zu schweren Schädigungen des industriellen Ausfuhrgeschäftes und damit des industriellen Beschäftigungsgrades führen wird. Wir haben diese Befürchtung namentlich im Hinblick auf die am 31. Dezember d. J. ablaufenden deutsch-holländischen Zollvereinbarungen. Es droht dabei die Gefahr, daß als Antwort auf die deutsche agrarische Kontingentierungspolitik unsere aktive Kohlenhandelsbilanz nach Holland beeinträchtigt wird. Die Folge wird sein, daß die Bergarbeiter mit dem weiteren Verlust weiterer Arbeitsplätze die Sünden der Väter des Papen-Programms zu bezahlen haben. Aus diesen Gründen wollen wir daher in dieser Richtung eine ernste Warnung vor einer so widerspruchsvollen Politik aussprechen.

Im Gegensatz zu den privatkapitalistischen Rettungsversuchen der Papen-Regierung fordern wir eine staatliche Regelung besonders im Bergbau, weil wir den Staatsbergbau in jeder Hinsicht den privatkapitalistischen Betrieben im Bergbau für überlegen halten. Denken wir nur an die Hemmungen und Verluste, die dem Bergbau aus der privatkapitalistischen Konkurrenz trotz ihrer Abmilderung durch das Kohlenwirtschaftsgesetz erwachsen. Dazu kommen die ungeheuren Exportverluste, die jahraus, jahrein in Größenordnungen von Hunderten von Millionen die deutsche Volkswirtschaft belasten, weil es den privaten Zechenbesitzern nicht gelingt, zu einer vernünftigen internationalen Vereinbarung zu gelangen. Außerdem spricht dafür die Unmöglichkeit, die Kapazität der in Konzerne verschachtelten Bergwerke mit den veränderten Absatzverhältnissen in Einklang zu bringen, schließlich nicht zuletzt der unwürdige Lebensstandard, den der Privatkapitalismus den Bergarbeitern fortgesetzt zumutet. Das alles macht eine

### Umwandlung der Besitzverhältnisse

im Bergbau zu einer gebieterischen Notwendigkeit. Wir stellen uns vollkommen hinter den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zur Verstaatlichung des Bergbaues, der gesamten Schmelzindustrie und der publizierten Unternehmen. Es war uns eine besondere Genugtuung, daß auch der Internationale Bergarbeiterkongress in London sich die Forderung nach Nationalisierung des Bergbaues zu eigen gemacht hat. Gerade die Tatsache, daß auch in anderen Bergbauländern, also aus teilweise anders gearteten Verhältnissen und, wie nicht zu vergessen ist, aus einer teilweise anderen Mentalität des Volkes heraus man die Nationalisierung des Bergbaues auch verlangt, beweist, daß es sich nicht um eine theoretische Forderung, sondern um eine Forderung, die aus praktischen Erwägungen und Einsichten entspringen ist, handelt. Sie muß in die Tat umgesetzt werden und auch wir werden mit aller Kraft dafür eintreten. Mögen die Unternehmer noch soviel Broschüren dagegen schreiben lassen, wie die jüngste des Herrn Pinkerneil, der sich sogar zu folgendem Satze versteigt:

„Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß manche stolzen Staatsbürger das nach der Verstaatlichung der Großindustrie von ihnen einzugehende Risiko für so groß erachten, daß sie die Sehnsucht nach Richthausen nicht mehr zu bannen vermögen. Auszusprechen, was ist!“

rungsmänner alle Erfahrungen in den Wind geschlagen, daß mit sozialer Bedrückung in keinem Lande der Welt die bergbauliche Lage eine Wendung zum Besseren erfahren hat? Sind nicht im Gegenteil soziale Spannungen entstanden, die sich bereits in diesem Jahre in drei großen Bergarbeiterkämpfen, in Polen, in der Tschechoslowakei und zuletzt in dem 62tägigen Streik der belgischen Bergleute Luft gemacht haben? Keine Reaktion wird es fertigbringen, wie schlimm sie sich auch gebärdet, dieser Spannungen gewalttätig Herr zu werden.

Wir sagen dieser Regierung von Papen, die sich anheischig macht, mit angeblich besseren Argumenten als alle ihre Vorgänger auf außenpolitischem Gebiet deutsches Recht gegen fremde Gewalt durchzusetzen, daß ihr das nicht gelingen kann, wenn sie im Innern ihre auf die bewaffnete Macht des Militärs und der Polizei gestützte Gewalt gegen die sozialen Rechte der Arbeiterschaft einsetzt. Zu der materiellen Entwertung, welche die Krise der Arbeiterschaft gebracht hat, nun auch noch die soziale Entrechtung anfügen, heißt den Bogen überspannen. Mehr, glaube ich, brauche ich hier nicht zu sagen, denn ich nehme an, daß das auch von den Stellen gehört und verstanden wird, die am ersten dazu verpflichtet sind, drohendes Unheil abzuwenden. Das bezieht sich, wie ich ausdrücklich feststellen will, auch auf die Verhältnisse im Saarbergbau, wo die französische Saargrubenverwaltung an reaktionärer Haltung alles bisher Dagewesene zu übertrumpfen sucht. Es wird höchste Zeit, daß dem Unrecht an der Saar endlich ein Ende gemacht wird!

Die sozialen Notstände im Bergbau können nur durch Taten abgestellt werden. Die Maßnahmen der Reichsregierung der Arbeiterschaft gegenüber waren bisher nur rein negativer Natur. Demgegenüber haben wir ein

Sowohl, sprechen wir es richtig aus, eine solche Argumentierung, worin die Wortführer des privaten Bergbaues, denn Herr Pinkerneil ist Geschäftsführer der Fachgruppe Bergbau im Reichsverband der Deutschen Industrie, mit der Kapitalflucht in das internationale Schieberparadies Liechtenstein drohen, ist

### eine nationale Würdelosigkeit,

die kaum mehr zu überbieten ist. Und dabei mag dieser Herr in seiner Broschüre noch zu schreiben, daß „schon jeder Versuch der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien eine Gefährdung von nationalen Interessen“ sei. Es muß mit einer Sache schlecht stehen, die mit solchen merkwürdigen Drohungen und haltlosen Uebertreibungen gekittet werden muß. Es scheint mir, daß selbst im Lager der Unternehmer der Glaube an die alleinigmachende Privatwirtschaft ins Wanken geraten ist.

Im letzten Krisenjahre hat das Reich sich mit großen Mitteln für die Sanierung der Banken und der Wirtschaft einsehen müssen. Wenn nun zur Befundung des Bergbaues staatliche Mittel verwendet werden müssen, dann ist es nicht mehr wie recht und billig, wenn der Staat auch die volle Verfügungsgewalt über den Bergbau erhält. Mit der Forderung nach Nationalisierung des Bergbaues verteidigen wir das Lebensrecht von Hunderttausenden fleißig schaffenden Bergarbeitern. Wir verteidigen damit auch die Lebenshoffnung von Hunderttausenden vom Privatkapitalismus auf die Straße gemorbenen Kumpels, die nichts nach Liechtenstein zu verschieben haben, weil sie nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, mit der sie für sich und für Frau und Kind Brot schaffen wollen.

Wir sind auch der Ueberzeugung, daß die

### internationale Bergbauverständigung,

namentlich in der Kohlenindustrie, durch die Nationalisierung des Bergbaues eine Förderung erfährt, wie sie ihr weder die Privatzechenbesitzer noch der Völkerbund haben zuteil werden lassen. Gewiß stehen wir da zunächst vor einem Hohlraum. Aber wir können nicht glauben, daß die jahrelange Vorarbeit des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes nutzlos vertan sein soll, nur weil engherzige kapitalistische Interessen mal hinter das Wohl der beteiligten Nationen zurücktreten sollen.

Herr von Papen sagte in seiner Rundfunkrede: „Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an eigenen Nutzen denkt und nicht an das große Ganze!“ Wenn dieses Wort wahr sein soll, dann ist das Schicksal des Unternehmertums im Bergbau bereits besiegelt. Es hat die positiven Möglichkeiten, mit Hilfe des Völkerbundes zu einem internationalen Abkommen zu gelangen, unbenutzt vorübergehen lassen. Es muß heute in wiederholten privaten internationalen Besprechungen, wie jetzt wieder in Deauville, erfahren, daß es ohne die Vertragshilfe der Regierungen und des Völkerbundes überhaupt nicht weiterkommt. Auf dem Londoner Bergarbeiterkongress habe ich namens der deutschen Delegation die Anregung gegeben, daß die Frage der internationalen Kohlenverständigung mit als eine besonders dringliche auf die Tagesordnung der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz gesetzt wird. Wir hoffen zusammen mit den Kameraden der Bergarbeiterinternationale, daß dieser Anregung Folge gegeben wird. Sollte diese Weltwirtschaftskonferenz sich wiederum, wie ihre Vorgänger, mit papiernen Resolutionen begnügen, dann kann der Welt dieses Schauspiel ruhig erspart bleiben. Was an papierner Vorarbeit für die internationale Kohlenverständigung notwendig war, ist in reichlichem Maße geschehen. Jetzt kann, nein, jetzt muß gehandelt werden. Die internationale Kohlenverständigung wird der Prüfstein sein, ob die Völker auf eine geordnete weltwirtschaftliche Zusammenarbeit rechnen dürfen oder ob der unheimliche Wirtschaftskrieg aller gegen alle seinen Fortgang nimmt und zu neuen Schreckenstagen führt, bloß weil es am verantwortungsvollen Mut mangelt, das Notwendige zur rechten Zeit zu tun.

Zu diesen Notwendigkeiten gehört auch noch die Verkürzung der Arbeitszeit. Neben der Verkürzung der täglichen Schichtzeit ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit

auf fünf Tage erforderlich. Wiewohl wir bisher mit diesen Forderungen noch nicht durchgedrungen sind, haben sie doch noch nichts an Dringlichkeit und Wichtigkeit eingebüßt.

Sch möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß ein besonderer Ausschuß des Reichskohlenrates u. a. auch die Möglichkeiten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit in der Gestalt der Arbeitszeit prüft und dabei die Frage erörtert, wie eine größere Gleichmäßigkeit in der Beschäftigung der Zechen erzielt werden kann.

Wenn ich die besonderen Forderungen, die wir als Bergarbeiter erheben, noch einmal zusammenfassen darf, so ergeben sich als vordringlichste die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, die internationale Bergbauverständigung und die Nationalisierung des Bergbaues.

der Lebenshaltung der Arbeitenden, die Arbeitsbeschaffung für die arbeitslosen Bergarbeiter, das bleibt der Inhalt unseres Wirkens. Führen wir aber auch dem

Letzten Bergmann vor Augen,

daß dieses Wirken nur insoweit Erfolg haben kann, als hinter den Gewerkschaften der einige und geschlossene Abwehrwille einer großen Mitgliederzahl steht.

Wir brauchen trotz aller Schwierigkeiten in dieser Beziehung nicht schwarz in die Zukunft zu sehen. Der Wunsch, den die Regierung Papen beinahe täglich der deutschen Arbeiterchaft erteilt, wird die geistige und damit gewerkschaftliche Orientierung der unorganisierten Bergarbeiter beschleunigen.

Die nächsten Wochen werden bedeutsame Entscheidungen bringen. Das deutsche Volk muß sich am 6. November einen neuen Reichstag wählen, der zu praktischer Arbeit gewillt und befähigt ist.

Das bisherige Mehrarbeitsabkommen wird als Ganzes Bestandteil des § 2 des Manteltarifs mit folgenden Abänderungen:

I. Ziffer 1 des § 2 des Tarifvertrages und Ziffer 1a des Mehrarbeitsabkommens fallen fort. Dafür tritt die folgende neue Ziffer 1 des § 2 des Tarifvertrages:

„Die Schichtzeit der Untertagearbeiter dauert für jeden einzelnen Mann vom Beginn der Seilfahrt bei der Einfahrt bis zum Wiederbeginn bei der Ausfahrt 7 Stunden, hierzu tritt eine Mehrarbeit von einer Stunde.“

II. Aus dem bisherigen Mehrarbeitsabkommen fallen a) unnötig geworden in Ziffer 2 d) letzter Satz und Ziffer 2 c) u. 6) fort.

III. Im § 2 des Tarifvertrages fallen Ziffer 2 völlig und Ziffer 4, Satz 1 fort.

Satz 2 lautet: „Für die Arbeitnehmer über Tage bildet die ungeteilte Arbeitszeit die Regel.“ In Ziffer 5 fällt der letzte Satz fort.

2. Diese Arbeitszeitregelung tritt am 1. Oktober 1932 in Kraft und gilt, da sie nun einheitlich im Tarifvertrag geregelt ist, in bezug auf Dauer und Kündigungsart gleichlaufend mit dem Tarifvertrag.

Autarkie bedeutet Anarchie.

Wohin führt eine nationalstaatliche Wirtschaftspolitik?

Die europäische Steinkohलगewinnung betrug im Jahre 1913 rund 603 Millionen Tonnen. Diese Produktionsmenge wurde in der Nachkriegszeit nur einmal erreicht und mit 3 Mill. T. überschritten, und zwar im Jahre 1929.

Europäische Steinkohलगewinnung. (In Millionen Tonnen)

Table with 4 columns: Country, 1913, 1931, and percentage change. Rows include: Insgesamt, England, Deutschland, Ost-Oberschlesien, Saargebiet, etc.

Im letzten Jahre lag demnach die europäische Steinkohलगewinnung rund 10 Prozent unter dem Stande von 1913. Dieser Produktionsrückgang verteilt sich nun keineswegs gleichmäßig auf die einzelnen Staaten.

Aus alledem geht hervor, daß die Produktionsgrundlagen der europäischen Kohlewirtschaft in den letzten Jahren erhebliche Verschiebungen erfahren haben.

Die anarchischen Verhältnisse in der europäischen Kohlewirtschaft sind also in erster Linie auf das Streben einzelner Staaten nach wirtschaftlicher Selbständigkeit zurückzuführen.

Die anarchischen Verhältnisse in der europäischen Kohlewirtschaft sind also in erster Linie auf das Streben einzelner Staaten nach wirtschaftlicher Selbständigkeit zurückzuführen.

Schiedsprüche im Ruhrbergbau.

Lohnarif verlängert. — Keine Verkürzung der Arbeitszeit.

Wie wir bereits mitteilten, hatten die Bergarbeiterverbände das Mehrarbeitsabkommen und der Zechenverband den Lohnarif für den Ruhrbergbau gefündigt.

Die Schlichtungsverhandlungen, die daraufhin notwendig wurden, fanden am 24. September in Essen statt und endeten mit zwei Schiedsprüchen.

Die Nachverhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung der beiden Schiedsprüche fanden am 27. September im Reichsarbeitsministerium statt.

Der Tarifkonflikt im Ruhrbergbau hat also noch einmal einen verhältnismäßig friedlichen Abschluß gefunden.

möglich sein wird, durch Festhalten an starren Tarifstufen und Tarifdogmen die Stilllegung ganzer Betriebe herbeizuführen.

Diese Auslassungen erschienen einen Tag vor den Schlichtungsverhandlungen und können als eine taktische Drohung in dem nunmehr beendeten Tarifkonflikt angesehen werden.

Mit der Arbeitszeit sieht es nicht viel anders aus. Denn wenn auch der Schlichter geglaubt hat, die dringlichen Forderungen der Bergarbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit nochmals ignorieren zu können...

Wenn sich auch, wie der Arbeitszeitschiedspruch beweist, die Schlichtungsbehörde diesen Argumenten und der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung noch verschließt...

Die Schiedsprüche selbst haben folgenden Wortlaut:

- 1. Der bestehende Lohnarif wird unverändert verlängert. 2. Diese Regelung tritt am 1. Oktober 1932 in Kraft. Der Tarif ist erstmalig mit Monatsfrist zum 31. Januar 1933 und dann laufend mit monatlicher Frist kündbar.

Das gedruckte Wort

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum gib Deine gelesene Zeitung weiter an unorganisierte und indifferente Kameraden.

# Rund um den Stahlverein.

Seit kurzer Zeit verfügt das Reich über die Aktienmehrheit in den Vereinigten Stahlwerken (Stahlverein). Ueber die Tragweite dieser Tatsache scheint sich die Öffentlichkeit noch nicht so recht bewußt zu sein. Wir schließen das aus der Behandlung, die man dem diese Tatsache umschließenden Fragenkomplex zuteil werden läßt. Man scheint sich noch gar nicht darauf besonnen zu haben, daß das Verfügungsrecht des Staates über den Stahlverein schließlich nichts anderes darstellt, als ein Verfügungsrecht der Allgemeinheit, also ein Recht, das mein, dein, kurz das Recht aller Staatsbürger ist. Daß noch, neben dem Mehrheitsbesitz des Staates, einige private Aktienbesitzer da sind, befaßt an sich nicht mehr, als daß ihnen nach Maßgabe ihres privaten Aktienanteils auch ein privater Gewinnanteil an dem Unternehmen zusteht. Die Verwaltung und Gestaltung dieses Riesenmontanunternehmens selbst aber ist ganz dem freien Entschluß und dem Willen des Staates unterstellt.

Von diesem Gesichtspunkte aus kann allein ein richtiges Werturteil über tatsächliche Maßnahmen oder bekannt werdende Absichten zuständiger staatlicher Stellen bezüglich Verwaltung und Gestaltung im Stahlverein gefällt werden. Damit ist zur Fällung eines solchen Werturteils aber auch nicht mehr die primäre Frage, was der Staat diesbezüglich tut oder beabsichtigt, sondern warum er gerade dieses tut oder beabsichtigt. Und erst dann, wenn man darüber Klarheit besitzt, kann man über Vorteil oder Nachteil dessen streiten, was getan oder beabsichtigt ist.

Es wäre also nun vor allem notwendig, daß sich die Allgemeinheit einmal auf die Bedeutung ihres Stahlvereinsverfügungsrechts besinnen würde. Das heißt in der Praxis, daß die sachlich berufenen Wortführer der Allgemeinheit einmal damit beginnen sollten, ihre Auffassung von einer im Interesse der Allgemeinheit notwendigen zukünftigen Verwaltung und Gestaltung des Stahlvereins darzulegen.

Voraussetzung bei all dem ist zwar, daß der Staat sich nicht etwa in Bälde seines Verfügungsrechtes über dieses große Wirtschaftsunternehmen durch Rückgabe seines Aktienbesitzes an die Privatunternehmer entledigt. Eine Zeitlang bestand zumindest der Plan hierzu, worauf die „Absicht der Reprivatisierung“ schließen ließ, über die ja vor kurzem in der gesamten Presse lebhaft diskutiert wurde. Hier müßte über das Parlament und die Gesetzgebung erreicht werden — und das müßte auf alle wirtschaftlichen Rechtsmittel in Reichsbefehl ausgebeugt werden —, daß eine Entäußerung so wichtiger wirtschaftlicher Rechtsmittel in Reichsbefehl, wie die Aktienmehrheit eines Wirtschaftsunternehmens, sich nicht als einfache Verwaltungsmaßnahme, sondern nur über den Weg parlamentarischer Beschlußfassung vollziehen darf.

Daneben muß jetzt die Forderung erhoben werden, daß das Verfügungsrecht des Reiches über den Stahlverein nun auch in wirkliche Verwaltungsmöglichkeit umgesetzt wird. Hierzu gehörte vor allen Dingen eine entsprechende Personalveränderung in den Verwaltungsinstitutionen des Stahlvereins, die auch tatsächlich — und damit auch schon rein äußerlich — dem Unternehmen den fiskalischen Charakter gibt und daselbe mit der fiskalischen Verantwortlichkeit der Öffentlichkeit und damit dem Parlament gegenüber belastet.

Daß wir mit dieser Forderung nur dem bestehenden Sachverhalt Rechnung tragen und eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit aussprechen, bezeugt niemand anders als Herr Dr. Fr. A. Winkler in seiner soeben erschienenen Broschüre: „Verstaatlichung des Bergbaues“. In dieser Broschüre übt er nämlich an dem Antrag der Sozialdemokratie auf Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, also auch des Bergbaues, scharfe Kritik. Dabei schreibt er auch unter anderem:

„Wie die Dinge auch liegen mögen, wir wollen den Antrag behandeln, als ob er ernst gemeint sei“, um daran anschließend — also durchaus ernst gemeint — folgendes darzulegen:

„Mit dem Eigentumsübergang auf den Staat ist die Regierung, also die Reichsregierung, für die Leitung der Unternehmungen verantwortlich. Sie kann diese Leitung einem einzelnen Ministerium oder irgendeiner anderen ihr unterstehenden Behörde übertragen, sie kann selbst die privatwirtschaftliche Unternehmensform bestehen lassen (Aktiengesellschaft oder Gewerkschaft). Der Grundsatz der Verantwortlichkeit bedingt aber, daß die Regierung den maßgebenden Einfluß im besonderen auf die Bestellung der Leiter und die Finanzgebarung behält.“

Wichtig hierbei ist, was Winkler als „Grundsatz der Verantwortlichkeit“ herausstellt. Es muß nämlich völlig gleich sein, aus welchem besonderen Verhältnis dem Reiche solche Verantwortlichkeit einem Wirtschaftsunternehmen gegenüber erwächst. Ob nämlich das Reich verantwortlich wird über den Eigentumserwerb aus Verstaatlichung durch Gesetz, oder aber, wie im Fall Stahlverein, über den regulären Aktienwerb, bleibt sich grundsätzlich gleich. So wie der private Besitzer einer Aktienmehrheit rechtlich und noch mehr moralisch für das Unternehmen verantwortlich ist, so ist es nicht minder das Reich. Es kann zwar formell auf sein Herrschaftsrecht verzichten und die Verwaltung und Gestaltung des Unternehmens der Willkür der privaten Minderheit überlassen. Es kommt nur darauf an, ob auch die Öffentlichkeit mit solcher Entäußerung eines für sie so ungeheuer bedeutsamen Rechtes einverstanden sein will. Will sie das nicht — und wir, die wir auch zu dieser Öffentlichkeit gehören, wollen das schon vorweg nicht — dann wird es Zeit, daß das der Regierung klargemacht wird, die dann, auch nach der Auffassung von Winkler, im Sinne unserer Forderung zu handeln hätte.

Und es geht hier ja nicht nur um das in seiner ganzen sozialwirtschaftlichen Bedeutung hier gar nicht klarzulegende Recht der Verfügungsgewalt des Reiches über den Stahlverein, sondern es geht auch um die direkte Frage nach der Verwendung der Steuergelder durch den Staat.

Schon der Erwerb des Verfügungsrechtes durch Ankauf des Gelsenberg-Aktienpaketes hat dem Reiche einen gewaltigen Aufschubbetrag gekostet durch die bekannte Ueberbezahlung, gemessen am damaligen Börsenkurs der Aktien. Wenn jetzt gemeldet wurde, daß die Sanierung des Stahlvereins selbst dem Reiche weitere 300 Millionen Mark kosten soll, dann beweist das, daß hier doch ein ganz großes öffentliches Interesse vorliegt, das zu wahren höchsten Staatspflicht ist und nur über den aufgezeigten Weg in beruhigendem und ausreichendem Maße möglich ist.

Es kommen die verschiedensten sonstigen Gerüchte hinzu, die hier zum parlamentarischen Handeln zwingen. So vor allen Dingen jenes Gerücht, das wir als erste in der „Bergbau-Industrie“ auch einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgeben konnten, daß die Reichsregierung unter dem

Einfluß von Schleicher den Gedanken einer Reprivatisierung des Stahlvereins fallen ließ und ernstlich den Plan erwägt, in dem „verstaatlichten“ Stahlverein eine staatliche Rüstungsindustrie zu schaffen.

In diesem Zusammenhang findet das Gerücht von dem eventuellen 300-Millionen-Mark-Aufschub vielleicht auch ganz andere Bedeutung. Ein „verstaatlichter“ Stahlverein mit einer staatlichen Rüstungsindustrie böte alle Möglichkeiten der Verschleierung jeglicher Rüstungspolitik unter dem Deckmantel allgemein betriebswirtschaftlich notwendiger Zuschüsse, wobei eine Kontrolle der Öffentlichkeit über den Wehretat oder das Parlament ausgeschaltet wäre.

Doch mag dem sein wie es will. Es liegt auf alle Fälle Grund genug vor, daß sich die Öffentlichkeit endlich mehr dafür interessiert, wie das Reich sich die engere Gestaltung des Verhältnisses denkt, in das es durch den Erwerb der Gelsenberg-Aktien und damit des Verfügungsrechtes über die Aktienmehrheit des Stahlvereins zu letzterem geraten ist.

Hier klingen Fragen an, die volkswirtschaftlich und staatspolitisch zu wichtig sind, als daß man die weitere Gestaltung dieses ganzen Fragenkomplexes dem Zufall oder der persönlichen Auffassung einzelner Regierungsleute überlassen darf.

## Lohnkürzungen und Friedenspflicht.

### Antwort des ADGB. an den Reichsarbeitsminister.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat am 24. September in einem Interview Stellung genommen zu den sich aus der Durchführung der letzten Notverordnung ergebenden Streitfragen. Er vertritt die Auffassung, daß ein Streik der Belegschaften gegen die Durchführung der Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifträger kollidiere.

Wir haben in aller Öffentlichkeit dargelegt, inwieweit unseres Erachtens eine völlig klare Rechtslage in diesen Fällen hinsichtlich der Friedenspflicht besteht, so daß Abwehrbewegungen sehr wohl im Rahmen der zur Zeit geltenden Gesetze auch die Unterstützung der Gewerkschaften finden könnten. Diese unsere Auffassung wird geteilt von zahlreichen namhaften deutschen Arbeitsrechtlern. Wenn der Herr Reichsarbeitsminister eine andere Auffassung vertritt, so steht eben Rechtsauffassung gegen Rechtsauffassung, über die zu entscheiden Aufgabe der Arbeitsgerichtsbarkeit ist. Insofern gibt uns das Interview keine Veranlassung zur Stellungnahme.

Unders jedoch, wenn der Herr Reichsarbeitsminister versucht, die

#### Arbeitslosen gegen die in Arbeit Stehenden auszuspielen.

Er sagt, daß er grundsätzlich nicht geneigt sei zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den „Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug geduldet haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen“. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Unterstellung wenden. Die deutschen Arbeiter haben seit langem gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit, Erwerbslose wieder in die Betriebe zu ziehen, von der deutschen Regierung die generelle und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Sie forderten die allgemeine Bierzigstundenwoche. Angesichts der in der Regierung und bei den Arbeitgebern obwaltenden Bestrebungen, das deutsche Lohnniveau zu senken, waren sie sich im klaren, daß die von ihnen geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht kompensiert werden würde durch einen Lohnausgleich. Wenn sie trotzdem immer und immer wieder und leider vergeblich von der Regierung energische Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit verlangten, so boten sie damit dem gesamten deutschen Volke das Beispiel einer großherzigen Klassen-solidarität, einer Solidarität der in Arbeit Stehenden mit ihren arbeitslosen Genossen, wie sie noch zu keiner Zeit irgendeine Klasse in Deutschland geboten hat. Wogegen sich die Arbeiter wenden, ist, daß nunmehr durch die Notverordnung die mit einem erheblichen

Lohnausfall verbundene Herabsetzung der Arbeitszeit zu gleicher Zeit noch zu einer Senkung des Tariflohnes führen soll. Ihr Arbeitseinkommen soll von zwei Seiten her beschränkt werden. Die Arbeiter wissen überdies, daß diese durch Notverordnung ausgesprochene Lohnkürzung zu einem weiteren Verkauf an Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms, auch des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, führen muß, um so mehr, als dieser Lohnabbau sich keineswegs auf die Betriebe lokalisiert, die durch Wehreinsetzung ein Recht auf Lohnabbau herleiten zu können glauben. Die Arbeiter wissen weiter, daß die Durchführung dieses Teils der Notverordnung

#### den Tarifvertrag aufs höchste gefährdet,

weil er künftig seine Funktion, eindeutig und klar den Lohnsatz festzulegen, nicht mehr erfüllt. Es handelt sich also nicht darum, daß die zur Zeit beschäftigten Arbeiter den Arbeitslosen den Arbeitsplatz verwehren „wegen einer geringen Lohnkürzung“. Wären alle Bevölkerungskreise zu den Opfern bereit gewesen, die die arbeitende Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit bereits gebracht hat, es stände besser um Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Wenn sie Lohnkürzungen ablehnt, so deshalb, weil sie für sich und damit auch für die Millionen der Arbeitslosen zugleich die Grundlagen ihrer Existenz und des deutschen Arbeitsrechts verteidigt.

Der Vorstand des ADGB. hat sofort nach der Ankündigung der Notverordnung durch den Reichstanzler Stellung genommen. Er hat einmütig festgestellt, daß die Gewerkschaften die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen zu senken, bekämpfen werden. In seiner Entschließung heißt es ausdrücklich:

„Überdies ist der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, den Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es mit der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 M. für jeden neu eingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplans der Regierung kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Plans zu schmälern.“

Um jede Mißdeutung zu vermeiden, sei noch einmal ausdrücklich bemerkt, daß sich die Abwehrbewegung nicht gegen den Gesamtplan richtet, sondern gegen den Teil, der unter Einbruch in den Tarifvertrag die Löhne senken will.

#### Unrichtig ist auch die Erklärung des Ministers,

daß die gegen einen Lohnabbau gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften mit den von den deutschen Arbeitern in Genf erhobenen Forderungen „in unlösbarem Widerspruch“ stehen. Die deutschen Gewerkschaften sind zusammen mit den Gewerkschaften aller Länder eingetreten für eine möglichst schnelle internationale Durchführung der Bierzigstundenwoche. Dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes lag das Verlangen der italienischen Regierung nach Einberufung einer diesbezüglichen Arbeitskonferenz vor. Der Vorschlag ging ausdrücklich von der Erwägung aus, daß zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei, sondern daß auch ein Ausgleich der Löhne erfolgen müsse, weil sonst die Kaufkraft der Massen zu sehr geschwächt werde. Die deutsche Regierung will durch ihre Notverordnung zu einer starken Verkürzung der Arbeitszeit drängen. Zu gleicher Zeit will sie aber — und das ist das Entscheidende — diese Verkürzung der Arbeitszeit verbinden mit einer Senkung der Löhne. Die Abwehrbewegung der deutschen Arbeiter gefährdet daher nicht im mindesten die auf eine internationale Verständigung gerichteten Arbeiten in Genf. Was sie aufs schwerste gefährden könnte, wäre jedoch das Beispiel der deutschen Regierung, die zur Arbeitszeitverkürzung den Lohnabbau fügt.

#### Wir streiten nicht darum,

inwieweit eine Abkehr vom Tarifvertrag „die Stellung der deutschen Gewerkschaften erschüttert“. Der kollektive Arbeitsvertrag wird erschüttert durch die Notverordnung. Nicht nur, daß er seine Funktion, eindeutige Lohnsätze festzulegen, einbüßt, sondern auch weil die vollkommene Verschleierung des Kontrahentverhältnisses der Betriebe zueinander bei den Unternehmern die Tendenz auslösen wird, vom Tarifvertrag loszukommen, und sei es durch Austritt aus den Arbeitgeberorganisationen, die Träger des Tarifvertrages sind. Verbindlichkeitsklärungen sollen nicht mehr ausgesprochen werden selbst in Fällen, wo es die soziale Lage einer ganzen Arbeitergruppe im sozialen Interesse notwendig machen würde. Wie die Allgemeinverbindlichkeitsklärung zur Zeit gehandhabt wird, zeigt eine der jüngsten Entscheidungen des Reichsarbeitsministers, die die Allgemeinverbindlichkeitsklärung eines Lohntarifs in der Landwirtschaft ablehnt, da „der Wochenlohn von 10,20 M. in der Spitze für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erdient“. Geht an dieser Einstellung des Reichsarbeitsministeriums in vielen Fällen die tarifvertragliche Regelung zugrunde, so werden damit keineswegs die Gewerkschaften „erschüttert“.

## 18 Millionen Mark

zahlte der Verband an Unterstufungen seit 1924, 2 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1932.

Im Ruhrgebiet wurden rund 650 000 Mark in den ersten sechs Monaten von 1932 für Unterstufungszwecke gezahlt!

### Das sind ungeheure Leistungen,

die aufgebracht worden sind und von der praktischen Arbeit und dem Können des Verbandes Zeugnis ablegen. Der „Einheits“verband der Bergarbeiter Deutschlands, gegründet 1931, hat seit seinem Bestehen auch 800 Mark an Unterstufungen ausgezahlt. 130 000 Mark sind, nach dem Bericht des Vorstandes des EVBD. auf der Generalversammlung am 18. September 1932, als Einnahme zu verbuchen. Für 30 000 Mark wird ein Ausgabennachweis geführt.

### Wo sind die restlichen 130 000 Mark?

Fragt die „Einheits“verbändler danach! — Die Leistungen der Gewerkschaften würden größer sein, wenn solche Spaltgruppen wie der EVBD. nicht ihre Hauptaufgabe in der Zerlegung der Gewerkschaften sehen würden.

### Schafft deshalb Aufklärung!

Zeigt den Unterschied zwischen gewerkschaftlicher Arbeit und radikalen Phrasen. Die Kraft der Organisation muß stärker sein, dann ist die Hilfe, die geleistet werden kann, größer.

### Stärkt die Organisation! Werbt neue Streiter!

# Bergarbeiterfragen im Landtag.

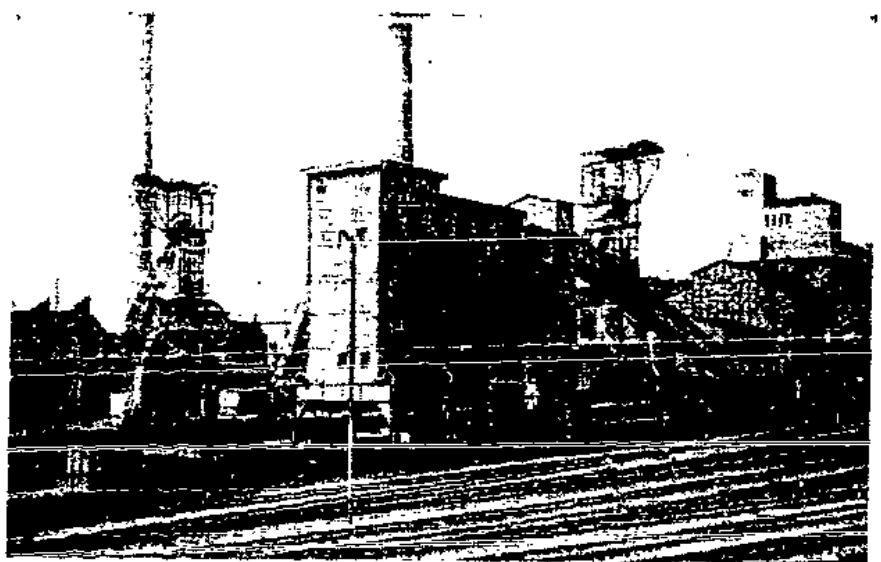
In der Sitzung des Preussischen Landtags am 23. September wurden wiederum eine Reihe wichtiger Bergarbeiterfragen erledigt. Als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion trat

## Kamerad Franz Vogt

auf. Er führte zu den vorliegenden Punkten u. a. folgendes aus:

Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag vorgelegt, durch den die verantwortlichen Instanzen in Preußen und im Reich ersucht werden, alles zu tun, um die Stilllegung einer Zeche im Bochumer Bezirk, und zwar der Zeche Präsident, zu verhindern. Ich möchte dem Hause dafür danken, daß es sich mit der sofortigen Beratung dieses Antrages einverstanden erklärt hat, um so mehr, als die beabsichtigte Stilllegung dieses Wertes eine ungeheure Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen hat.

Zur Sache wäre zu sagen, daß es sich hier wiederum um eine der modernsten Schachtanlagen handelt, die dem Moloeh der Stilllegung geopfert werden soll. Besitzer der Zeche Präsident ist der Lothringen-Konzern. Dieser Konzern hat in den letzten Jahren eine Wirtschaft getrieben, die in einer Weise kritisiert werden muß, die nicht scharf genug sein kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Konzern wurde von Menschen geleitet, die sich einbildeten, die Konzentrationsmethoden des Herrn



Die hochmoderne Schachtanlage Präsident, die infolge der Mißwirtschaft des Lothringen-Konzerns stillgelegt werden soll. (Siehe auch Landtagsbericht).

Stinnes nachahmen zu können. Vor einigen Jahrzehnten war das Unternehmen noch ein durchaus gesundes Unternehmen, aber man verirrte sich immer mehr in haltlose Konzentrationen. Alle möglichen Unternehmen wurden angegliedert, obwohl sie gar nicht in den organischen Aufbau dieses Konzerns hineinpaßten. Das Ganze ist mit kurzfristigen Krediten finanziert worden, und heute ist natürlich das Dilemma da.

Wir haben es hier, wie ich schon erwähnte, und wie das auch früher öfter der Fall gewesen ist, mit einer durchaus modernen Schachtanlage zu tun. Sie ist erst nach 1920 in Betrieb genommen worden. Die Förderleistung dieser Schachtanlage liegt um ungefähr 20 bis 30 Prozent über dem Durchschnitt des gesamten Ruhrreviers. Nun soll dieses wertvolle Gut, das hier errichtet worden ist, vernichtet werden. Hinzukommt, daß, wenn die Zeche vernichtet wird, sie dann mit Wasser vollläuft und dadurch nicht weniger als vier Nachbarzechen gefährdet werden. Wir hatten im Ruhrgebiet schon einmal einen Fall, in dem eine Zeche, nämlich die Zeche General, zum Erlaufen gebracht wurde; über Nacht strömten dann die Wassermassen auf die Nachbarzeche Engelsburg, und nur weil es Nacht war, sind Menschenleben dabei nicht zu beklagen gewesen. Im vorliegenden Falle würde nicht nur eine Zeche zum Erliegen kommen, sondern es würde damit zu gleicher Zeit das Gut von vier Nachbarzechen vernichtet werden.

Die Zeche Präsident hat in der glücklichsten Zeit ungefähr 3000 Menschen beschäftigt. Auch heute noch werden mehrere hundert Arbeiter dort in Lohn und Brot gehalten. Wenn man entgegen, die Arbeitslosigkeit würde genau so bleiben, weil die Förderquote, die auf Präsident liegt, auf den anderen Zechen des Lothringen-Konzerns ausgenutzt werden soll, so stimmt diese Rechnung. Wir legen daher das Hauptgewicht in unserer Begründung und Forderung darauf, daß hier ein nationales Wirtschaftsgut vor der Vernichtung gerettet werden soll. Man sagt so oft, wir seien ein durch Kriegs- und Nachkriegsfolgen verarmtes Volk, wir können uns eine Vergeudung auf keinem Gebiete des Lebens, auf keinem Gebiet des öffentlichen Lebens, worauf man immer herumhauert, leisten. Wenn das stimmt, so darf es auch auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht so sein. Wenn die Verfechter der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr die Hoffnung haben, daß wir nochmals Konjunkturverhältnisse bekommen, die eine erhöhte Ausnutzung der Kapazitäten möglich machen, und zwar auch der Werke, die man heute vernichten will, dann kann man nur sagen, es mögen überhaupt das ganze System und dessen Träger abtreten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir werden ebenfalls und besonders draußen dafür stets zu wirken haben, daß das gerade herausgestellt wird, und daß wir, wenn man Fehlinvestitionen so riesigen Ausmaßes vermeiden will, die besonders in Zeiten einfallender Konjunktur, wo die Kreditinflation das begünstigt, gemacht werden, nur einen Weg haben, und der ist der, daß man die Schwerindustrie in die Hand des Staates legt. (Abg. Koenen: Des kapitalistischen Staates!) — Nein, das ist nicht kapitalistisch, sondern wenn man Fehlinvestitionen vermeidet, ist das planmäßig und das Gegenteil von anarchisch-kapitalistischer Wirtschaft.

Wir möchten deshalb hier herausstellen, daß nach unserer Meinung nur auf diesem Wege auch künftige Krisen gemildert und vielleicht einmal zum Verschwinden gebracht werden können und die Erhaltung von Volksgütern diesen Weg unbedingt erfordert. Des weiteren ist das auch aus Gründen sozialer Gerechtigkeit notwendig. Wir finden es heute ganz selbstverständlich, daß Beamte, die die gleiche Arbeit verrichten, auch den gleichen Lohn erhalten. Jeder Mensch würde es für unanständig halten, wenn man einen Postbeamten in einer kleinen pommerischen Stadt nur deshalb schlechter besolden würde, weil das Postamt dort weniger Umsatz an Briefen und Paketen hat als meinewegen in Berlin. Was man aber dort als sittenwidrig empfinden würde, kann im Bergbau nicht Ausfluß höchster Arbeitsmoral sein. Wenn wir den Zustand beseitigen wollen, daß der Hauer auf einer niederschlechten Unglückszede mit seiner Familie sehr viel schlechter leben muß als der Hauer, der in irgendeinem anderen Revier die gleiche gefährliche Arbeit verrichtet, dann gibt es nur einen Weg, daß der Bergbau nur von einem Unternehmer beherrscht wird, und dieser eine kann

nur der Staat sein. (Sehr richtig! bei den Komm.) Deshalb wollen wir die Stilllegungsfälle, die immer wieder auftauchen, herausstellen, um dem Volke zu zeigen: das ist der Weg, auf dem wir aus der Anarchie der heutigen Verhältnisse einmal herauskommen können.

Dann, meine Damen und Herren, haben wir hier ja noch mehrere Bergwerksfragen zu entscheiden, die sich auf das Gebiet des Metallbergbaues beziehen. Die Herren von der nationalsozialistischen Fraktion sind stets sehr rege in ihren Forderungen nach Schutz, den sie in Kontingentierungen und in neuen Zöllen erbilden, und wenn diese Forderungen infolge der handelspolitischen Verwicklungen, die daraus entstehen würden, nicht durchzuführen sind, werden von ihnen Subventionen gefordert. Ich möchte hier für meine Fraktion erklären, daß wir sowohl die Zölle wie auch die Einfuhrkontingente — das ganze protektionistische System — nicht für geeignet halten, uns aus der Krise herauszuführen, und daß wir auch das System der Subventionen nur als eine Uebergangerscheinung betrachten können und in dieser Hinsicht auch — ich möchte sagen — nur beim Metallbergbau eine Ausnahme machen, weil wir wissen, daß dieser Wirtschaftszweig zu den konjunkturrempfindlichsten Wirtschaftszweigen gehört, die es überhaupt gibt. Wir wissen: in jeder Krise fallen die Rohstoffpreise und namentlich die Metallpreise zuerst, und es ist anzunehmen, daß sich bei einer Neubelebung der Konjunktur diese Preise auch wieder zuerst erholen werden. Hinzukommt, daß eine Vernichtung unserer Rohstoffbasis auch aus nationalen Gründen nicht erwünscht ist, da wir sonst in der Rohstoffversorgung, soweit Metalle in Frage kommen, gänzlich auf das Ausland angewiesen wären. Deshalb haben wir uns entschlossen, der Forderung nach Subventionierungen vorübergehender Art zuzustimmen.

Nun steht hier noch ein großer Antrag zur Beratung, der sich mit der Gruben-sicherheit beschäftigt. Hierzu ist zu sagen, daß auch mancherlei Ueberflüssiges darin enthalten ist. Wenn Behörden immer und immer wieder aufgefordert werden, das und das zu tun, dann werden diese ständigen Aufforderungen

schleßlich so zur Gewohnheit, daß die Behörden gar nicht mehr darauf reagieren, und wenn man bereits bestehende Gesetzbestimmungen wie die Bestimmung des Betriebsratsgesetzes, ein Betriebsrat in der Ausübung seiner Rechte nicht behindert werden darf, nun noch einmal von der hohen Instanz des Preussischen Landtages beschließen läßt, so werden diese Gesetzbestimmungen dadurch nicht wirkungsvoller. Aber wir wissen ja, daß man nur darauf abzielt, jemand, der sich etwa bei Unfällen mit Bezug auf bereits festgelegte Gesetzesbestimmungen nicht an der Abstimmung beteiligt, als einen Menschen hinzustellen, der das Gegenteil davon haben wolle, und deshalb werden wir diesen Anträgen unsere Zustimmung nicht verweigern, obwohl wir wissen, daß das wirklich nicht mehr bedeutet, als leeres Stroh zu dreschen.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich abschließen hierzu noch sagen, daß wir stets unsere Kraft dafür einbringen werden, geordnete Verhältnisse dadurch zu erwirken und zu erzwingen, daß wir dem einen, der allein nach großen Gesichtspunkten die Wirtschaft, besonders die Wirtschaft in den Grundstoffindustrien, ordnen kann, diese Dinge übertragen, nämlich dem Staat. Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe allein stehen, denn wir haben es ja schon gesehen. (Zuruf bei den Komm.) Was ist das für ein Staat? — Das ist der Staat, dem die Peiner Walzwerk durch Eure Zustimmung in Regie übergeben sollte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also wir werden diesen Kampf fortsetzen. Wir wissen, daß Ihr auch fünf Minuten darauf einem nationalsozialistischen Antrag zugestimmt haben, den Abbau der Regiebetriebe in öffentlicher Hand gefordert hat. Also Ihr wollt nichts anderes, als daß Gas, Wasser und Elektrizität wieder in Privathand übergehen. (Zuruf des Abg. Hausladen.) — Nein, das ist von Euch angenommen worden, das paßt Euch nur jetzt nicht; es ist dort aber sofort festgelegt worden. — Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe allein stehen werden, denn die Herren Nationalsozialisten sind ja nur insoweit für eine Betätigung der öffentlichen Hand, als es sich, wie sie sagen, um das rassende Kapital handelt. Zur Verstaatlichung sind sie nicht bereit. Dann stehen wir eben allein; aber wir werden diesen Kampf im Interesse von Ordnung und Planmäßigkeit in der deutschen Wirtschaft auch allein durchführen. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

## Aus der Reichsnappschafft.

Vorstandssitzung am 15. September 1932.

Bezüglich der Zahlung von Anerkennungsgebühren waren einige Zweifel zu klären. Verschiedene Stellen haben den Beschluß des Vorstandes der Reichsnappschafft, daß Anerkennungsgebühren für jeweils volle Kalendermonate zu entrichten sind und die Zahlungsfrist mit dem ersten Tage des auf die Aufgabe der Bergarbeit folgenden Monats beginnt, dahin verstanden, daß die Anerkennungsgebühr nach Ablauf eines jeden Monats im Betrage von 50 Pf. an die Knappschafft zu zahlen wäre. So aber war der Beschluß nicht gemeint, sondern, wenn auch von Kalendermonaten die Rede ist, kann die Anerkennungsgebühr noch kurz vor Ablauf der Jahresfrist angeboten werden.

Nach § 76 Abs. 2 R.N.G. werden Zeiten, in denen eine Beitragsfreistellung oder ein Verfahren über einen Anspruch aus der Pensionsversicherung schwebt, in die Jahresfrist nicht eingerechnet. Dieses gesetzliche Hemmen der Frist darf nicht so verstanden werden, daß für die Zeit der Beitragsfreistellung oder für die Zeit der Dauer eines Verfahrens über den Anspruch aus der Pensionsversicherung keine Gebühr gezahlt werden braucht. Die Gebühr für die Zeit muß nachentrichtet werden, sofern nicht anerkannt wird, daß Berufsunfähigkeit während dieser Zeit vorlag. Die einjährige Frist würde in einem Falle, in welchem z. B. der Versicherte am 1. Januar 1930 ausgeschieden ist und am 1. Juni 1930 ein Verfahren anhängig macht, das bis zum 31. Dezember 1931 schweben würde, am 31. Juli 1932 ablaufen. Spätestens an diesem Tage müßte der Versicherte die Anerkennungsgebühren für die ganze Zeit seit dem 1. Januar 1930 nachzahlen.

Zu einer Beschwerde, die die Bergwerksgesellschaft Hibernia gegen die Ruhrknappschafft wegen einer Beitragsfreistellung erhoben hat, konnte der Vorstand keine Stellung nehmen, weil Beitragsfreistellungen nicht in einem Beschwerde-, sondern nur im Rechtsverfahren erledigt werden können. Der Vorstand der Reichsnappschafft sah die Beschwerde als einen Antrag auf Entscheidung des Geschäftsausschusses an und hat sie an die Ruhrknappschafft als solchen weitergeleitet. Der Mindestbetrag der Bestattungsbeihilfe, den der Vorstand in der letzten Sitzung beschlossen hat, gilt für alle Bezirksknappschaffen. Es kann nicht gebildet werden, daß manche Bezirksvorstände generell andere Mindestbeträge festsetzen. Der Mindestbetrag gilt auch für die Beihilfe bei Totgeburt. Auch in solchen Fällen wird nicht mehr gezahlt als der Mindestbetrag für Kinder oder Waisen ausmacht.

Sondervorschriften in der Halleischen Knappschafft, soweit sie nicht die Einführung von Mehrleistungen betreffen, sind genehmigt worden. Die Genehmigung der Mehrleistungen wurde zurückgestellt. Der Vorstand wartet ab, wie die Aufsichtsbehörde über die Wiedereinführung der Mehrleistungen in der Brandenburger Knappschafft entscheiden wird. Sollte die Aufsichtsbehörde sie genehmigen, würde der Vorstand auch den zurückgestellten Bestimmungen über die Mehrleistungen der Halleischen und der Brühler Knappschafft zustimmen. Die Aenderung der Sondervorschrift der Siegerländer und der Süddeutschen Knappschafft hat der Vorstand anerkannt.

In der Sächsischen Knappschafft werden in dem Gebiet eines Braunkohlentagebaues verschiedene Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst verrichtet. Die Sächsische Knappschafft vertritt die Auffassung, daß diese Arbeiten keine zusätzliche Arbeiten im Sinne der Bestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst sind und demzufolge Knappschaffspflichtig wären. Da noch andere Zweifel über die Knappschaffspflicht der Arbeiten aufgetaucht, wurde der Vorsitzende beauftragt, an Ort und Stelle die Art der Arbeit in Augenschein zu nehmen und den Vorstand zu unterrichten.

Arbeitslose Krankenkassenmitglieder sollen für die Dauer eines Heilverfahrens in einer geschlossenen Heilstätte daselbst Hausgeld erhalten wie im Falle einer Krankenhausbehandlung, also 50 Prozent der Arbeitslosenunterstützung. Für Versicherte, die keiner Krankenkasse angehören, ist im Falle eines Heilverfahrens in einer geschlossenen Heilstätte bei einem 5 Zwanzigstel, bei zwei 7 Zwanzigstel, bei drei 9 Zwanzigstel, bei vier und mehr Angehörigen 10 Zwanzigstel des Ortslohnes als Hausgeld zu gewähren.

Der Rückgang der Belegschaft im Bergbau übte auch eine Rückwirkung auf die Belegung der Knappschaffsheilstätten aus. Namentlich die mitteldeutschen Häuser konnten in letzter Zeit nur zum geringen Teil belegt werden. Nachdem der Kuraturschuß sich von dem Zustand der einzelnen Häuser unterrichtet hat, schlug er dem Vorstand vor, die Heilstätte Berka vorläufig, das Erholungsheim Wendefurth für immer stillzulegen. Das Kurbedürftigen für Lungenheilverfahren, die bisher zur Heilstätte Bad Berka gefandt worden sind, sollen in die Heilstätte Süzhayn im Harz verlegt werden.

Einer neuen Vereinbarung der Siegerländer Knappschafft mit den Zahnärzten und Dentisten des dortigen Bezirks über die Honorare stimmte der Vorstand zu.

## Ueber vier Jahrzehnte in Front!

Die Zahlstelle Herne II zählt mit Stolz den Kameraden August Böckel zu ihrer Mitgliebschaft. August Böckel ist das älteste Mitglied dieser Zahlstelle und seit über vierzig Jahren im Verbands organisiert. Trotz seines hohen Alters interessiert er sich noch wie kein zweiter für die Verbandspolitik und bezeugt, daß es sein höchster Stolz und ihm eine große Lebensfreude sei, dem Verbands so lange die Treue gehalten zu haben. Er schöpfe daraus das Bewußtsein, seinem Proletarierleben



einen geschichtlichen Sinn geben zu haben mit seinem jahrzehntelangen Kampf um die Arbeiterrechte. Es erfüllt ihn mit Stolz, daß sozial erreicht wurde und hofft, daß auch die heutige Jugend ebenso zäh im Kampfe ausharren wird, weil denn der endgültige Sieg nicht mehr lange ausbleiben kann. Mit ihm stand auch seine Frau in gleicher Befinnung an seiner Seite, die ihm damit das Ausharren auch erleichterte. Auch sie verdient deshalb alle Hochachtung und Anerkennung.

## Ein Veteran in Herne I.

In Herne I zählt unsere Zahlstelle einen alten Kämpfer, der nun schon vierzig Jahre gewerkschaftlich organisiert ist. Es ist der Kamerad Franz Schmedt, am 2. April 1876 geboren und 1892 dem Verbands beigetreten. Schmedt hat frühzeitig den Wert organisierter Kraft erkannt und ist dieser Erkenntnis bis heute treu geblieben. „Ja, gerade jetzt, im hohen Alter“, so sagt er, „erkenne ich diesen Wert doppelt. Wenn wir Alten jetzt zurückblicken auf die Zeit, die hinter uns liegt, dann scheint es, als ob wir in eine neue Welt gestellt seien gegen früher. Ueberall spricht heute die Arbeiterchaft mit, wo sie früher geächtet und wo ihre Organisation verboten war. Wenn auch jetzt der politische Horizont sich etwas verdunkelt habe, das brauche die Arbeiter nicht zaghaft zu machen, wenn sie nur verstünde, sich starke und mächtige Organisationen zu halten. Das habe die Vergangenheit gelehrt und die Zukunft würde das aufs neue beweisen.“ Kamerad Schmedt kennt auch keine größere Freude, wenn und wo er mit Arbeitern zusammenkommt, als wenn er dort mit Stolz auf seine vier Jahrzehnte lange Mitgliedschaft hinweisen kann. Heute noch steht er aktiv in der Bewegung und trägt in hohem Bekennermut seine Reichsbannermühe, den Jungen damit ein Vorbild gebend dafür, was wahrer Opfer- und Bekennermut ist. Wir wünschten, daß alle unseren jungen Mitglieder sich zur Aufgabe setzten, es ihm nachzumachen.

**41. Woche**

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 2. bis 8. Oktober 1932

# Sturmzeichen im Saarbergbau.

## Revierkonferenz mit 110 gegen 22 Stimmen für Weiterverhandlung in Paris.

Zu dem an den Grubenrenten angeschlagenen Lohnkittat der französischen Bergwerksdirektion nahm eine Revierkonferenz unseres Verbandes am 25. September Stellung. Die Konferenz wurde vom Kameraden **Ummann** geleitet. Ueber die Verhandlungen und deren Ergebnisse berichtete der Bezirksleiter **Schwarz**. Er behandelte eingehend die Auswirkung des Lohnabbaues, welche dem 23. und mehr Schichten verfahrenen hauer einen Lohnverlust von 89,70 Fr., also für 2 1/2 Schichten bringt; den Handwerker sogar einen Lohnverlust von 127 Fr. oder 3 1/2 Schichten. Hinter diesen Lohnreduzierungen lauert die weitere große Gefahr des Belegschaftsabbaues, da die Grubenverwaltung das Bestreben haben wird, die Auswirkung der Lohnherabsetzung durch Verfahren von mehr Schichten zu ihren Gunsten zu gestalten. Die Grubenverwaltung erwähnt in ihrem Schreiben, daß es keineswegs ihre Absicht sei, aus dem Lohnabbau neue Massenentlassungen herzuleiten. Um eine „Begründung“ zur Massenentlassung ist die Grubenverwaltung jedoch nicht verlegen.

Die Bezirksleitung unseres Verbandes hält es deshalb für notwendig, da die Kohlenabfrage und Massenentlassungen nicht nur Fragen für die örtliche Grubenverwaltung darstellen, diese lebenswichtigen Fragen mit dem Verwaltungsrat der Saargruben und dem französischen Minister der öffentlichen Arbeiten zu erörtern.

Während die Kohlenförderung Frankreichs einschließlich Elsaß-Lothringens von 43 Mill. To. im Jahre 1913 auf 50 Mill. To. in 1931 gestiegen ist, ist die Förderung des Saargebietes in demselben Zeitraum von 13,2 auf 11,4 Mill. To. gesunken. Diefelbe Auswirkung zeigt sich in der Belegschaftsziffer. Während die Belegschaftsziffer in Frankreich von 203 000 in 1913 auf 285 000 in 1931 gestiegen ist, ist dieselbe im Saarbergbau von 57 000 auf 46 000 zurückgegangen.

Die Saarbergarbeiter haben innerhalb der zurückliegenden zwölf Jahre einen Ueberfluß von 800 Mill. Fr. erarbeitet. Sie haben sich in ihrer gesamten Tätigkeit nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Dieses tritt durch die gestiegene Leistung besonders in Erscheinung.

Schwarz behandelte die Zustände auf den Gruben, welche bezüglich Behandlung der Bergarbeiter an die Sklaverei erinnern, da jeder Versuch, das Arbeitsrecht und die tariflichen Bestimmungen zur Durchführung zu bringen, durch Drohung mit Entlassung verhindert wird. Die Saargrubenverwaltung beschäftigt als Aufsichtsorgane Menschen aller Nationen: Polen, Russen, Franzosen und sonstige gefügige Werkzeuge, welche auf die Saarbergarbeiter losgelassen werden. Täglich erfolgen Einzelentlassungen, welche damit „begründet“ werden, daß die betreffenden Arbeiter den Betriebserfordernissen nicht mehr genügen, obwohl dieselben 10, 15 und 20 Jahre lang ihre Pflicht erfüllt haben. Von dem verdienten Lohn wurden allein im Jahre 1931 den Bergarbeitern mehr als eine halbe Million Fr. Straf-gelder wieder abgenommen. Ein Gefühl und Verständnis für die notleidenden Bergarbeiter und ihre schwere Arbeit ist nicht vorhanden.

Das Lohnkittat kann nicht bestehen bleiben! Die Grubenverwaltung hat in den Jahren 1923, 1925 und 1929 versucht, durch Lohnkittate die tariflichen Bindungen zu lösen. Die Gewerkschaften werden mit aller Kraft auf Abänderung des Lohnkittats zu drängen haben. Zu diesem Zwecke legte der Referent der Konferenz eine Entschließung der Bezirksleitung vor.

In der **Ausprache** nahmen Redner aller Geschäftsstellen und Gruben das Wort. Alle Redner schilderten die Not der einzelnen Familien, jedoch auch die Kampfschlossenheit bis zum äußersten. Der Mehrzahl der Diskussionsredner war die Entschließung der Bezirksleitung nicht scharf genug. Ein anderer Teil der Diskussionsredner verlangte einen **Streikbeschuß**, da die Grubenverwaltung in genügender Weise die Auffassung der Bergarbeiter lenke und wisse, daß seit zwei Jahren nur 17 bis 20 Schichten monatlich verfahren werden, wodurch die Bergarbeiter schon 30 Prozent ihres Lohnes eingebüßt hätten. Allgemein wurde Beschwerde geführt über die Behandlung, über häufige Drohungen mit Entlassung, und daß neben dem geringen Lohn sich auch die Betriebsverhältnisse zur Unerträglichkeit ausgewirkt haben.

In der Abstimmung wurden dann 110 Stimmen für die nachstehend im Auszuge wiedergegebene **Entscheidung** abgegeben, während 22 Stimmen für einen sofortigen Streikbeschuß eintraten.

Aus der angenommenen **Entscheidung**: „Die Maßnahme des französischen Staates als Arbeitgeber findet keine Begründung, da Frankreich als größtes Kohleneinfuhrland Europas mehr Saarkohlen abzunehmen in der Lage ist, jedoch die Saargruben auffallenderweise benachteiligt. In den zwölf Jahren französischen Grubenbesitzes haben die Saarbergarbeiter mehr als 800 Mill. Fr. Ueberfluß erarbeitet. Die Leistung des einzelnen Arbeiters ist gegenüber der Vorkriegszeit um 30 Proz., allein innerhalb des letzten Jahres um 17 Proz. gestiegen.“

Die Saarbergarbeiter sind am Ende ihrer Kraft und infolge des Lohnverlustes nicht in der Lage, ihre Familien menschlich zu ernähren, ihre Arbeitskraft zu erhalten, noch ihren sonstigen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Konferenz protestiert gegen die sklavischen Zustände auf den Gruben, gegen die unerhörten Strafen, welche trotz der verringerten Belegschaft im letzten Jahre 587 000 Fr. betragen und das Hungereinkommen noch weiter schmälern. Von einer gesicherten Existenz der Saarbergarbeiter ist keine Rede, da täglich Bergarbeiter ohne Gründe willkürlich entlassen werden.

Die Konferenz wendet sich entschieden gegen die wirtschaftliche Antätigkeit der Regierungskommission. Sie protestiert gegen die Behandlung der Bergarbeiter in bezug Sozialpolitik. Von der Kurzarbeiterfürsorge sind die Bergarbeiter ausgeschlossen. Auf knappschaftlichem Gebiete werden ihnen Lasten auferlegt, die zu tragen Aufgabe des Staates ist.

Die Vertreter der freiorganisierten Saarbergarbeiter sind sich des Ernstes der Lage bewußt. Sie haben stets die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen beachtet. Doch die Zumutungen der Generaldirektion und der Regierung zwingen im eigenen Lebensinteresse sowie im Interesse der gesamten Bevölkerung, der weiteren Verleumdung Einhalt zu gebieten.

Die Konferenzdelegierten stellen an die Generaldirektion und die französische Regierung folgende dringende Forderungen:

1. Keinen Centimes Lohnabbau.
2. Mehrabnahme von Saarkohlen.
3. Sicherung gegen Massenentlassungen.
4. Beseitigung der hohen Strafen.
5. Schutz vor Einzelentlassungen.
6. Menschenwürdige Behandlung der Belegschaftsmitglieder.

- An die Regierungskommission:
1. Regierungszuschuß zur knappschaftlichen Pension.
  2. Milderung der Kurzarbeiterfürsorge.
  3. Hilfe für Bergarbeiter, welche Neubauten erstellen.

Die Delegierten des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saar) sind sich der Tragweite eines eventuellen Streiks voll und ganz bewußt. Sie schrecken aber auch, wenn die maßgebenden Instanzen kein Verständnis für die Notlage der Bergarbeiter haben, nicht davor zurück, das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden.

Die Bezirksleitung wird beauftragt, diese Forderungen bei den maßgebenden Instanzen im Verhandlungswege in kurzer Frist zu erschöpfen und zur endgültigen Entscheidung dieser Bewegung eine neue Revierkonferenz einzuberufen.“

Die Lage im Saarbergbau steht auf Sturm! Es liegt an der Generaldirektion der Saargruben, an dem Verwaltungsrat, an der Saar- und der französischen Regierung, die Lebenslage der Saarbergarbeiter zu beachten und so das schlimmste zu vermeiden!

Die Saarbergarbeiter haben in der Entlassung von 30 000 Arbeitern, in Hunderten von Feterschichten und dem damit verbundenen Lohnausfall soviel Opfer gebracht, daß ihnen weiteres im Interesse ihrer Lebenshaltung und ihrer Arbeitskraft nicht mehr zugemutet werden kann. Sollten die maßgebenden Instanzen kein Verständnis für die Lage aufbringen, mögen sie die Verantwortung übernehmen!

## Saarbergmann, hab acht! Kommunisten und Lohnkittat.

In dem gegenwärtigen Abwehrkampf gegen das Lohnkittat der französischen Grubenverwaltung spielen die kommunistische „Arbeiterzeitung“ und ihre verwandten „Einheitsverbände“ eine sonderbare Rolle. In den Versammlungen lassen in überwiegender Mehrzahl die organisierten Bergarbeiter die kommunistischen Schreier überhaupt nicht zu Worte kommen, da deren Abwehrkampf nicht gegen die Verwaltung geht, sondern ein Verleumdungskampf gegenüber den Gewerkschaften und ihren Funktionären darstellt. In den Reihen der organisierten Bergarbeiter ist die Meinung vorherrschend, daß die Kommunisten die Rolle des früheren Saarbundes übernommen haben. In Artikeln der Führer der kommunistischen Partei werden der Grube angenehme und die Bergarbeiter schädigende Ausführungen gemacht.

Der Führer des kommunistischen „Einheitsverbandes, Oskar Müller, hat am 17. Juni 1931 in Nr. 115 der „Arbeiterzeitung“ u. a. in einem Artikel: „Schächte streiftfertig machen!“ in einer Abhandlung über den Kohlenmarkt geschrieben:

„Darum ist es Un Sinn, die Frage zu stellen, daß Frankreich als Lieferant der Saargruben verpflichtet sei, die Saarkohle unterzubringen. Wo steht das geschrieben? Es steht nur geschrieben, daß Frankreich, auf 15 Jahre die Saargruben aus-

beuten darf, und das tut Frankreich reichlich mit Unterstützung der Bonzen.“

Der Führer des „Einheitsverbandes“ nimmt also Frankreich in Schutz, das mit der Ausbeutung der Saargruben keine Verpflichtung den Menschen gegenüber übernommen habe.

In einem Flugblatt, welches von der kommunistischen Partei, der kommunistischen Landesratsfraktion und der Bezirksleitung des „Einheitsverbandes“ im Mai 1932 mit der Ueberschrift: „Saarbergarbeiter schreiten zum Angriff!“ herausgegeben wurde, heißt es in einem Abschnitt, der sich gegen die „reformistischen“ und christlichen Gewerkschaften wendet:

„Für die schlechten Zustände und das Hungerleben der Saarbergarbeiter haben die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer das Schlagwort gefunden: Frankreich ist schuld, daß es im Saargebiet so schlecht aussieht.“

Die Herren Kommunisten leisten damit der Grubenverwaltung wieder Handlungsdienste, denn die Grubenverwaltung ist doch nach ihrer Auffassung nicht schuld, daß die Bergarbeiter soviel Feterschichten, soviel Entlassungen hinnehmen müssen, sondern dies ist nur ein Schlagwort der „reformistischen“ und christlichen Gewerkschaften!

Den Gipfel der Gemeinheit leistet sich in Nr. 199 der „Arbeiterzeitung“ der kommunistische Parteiführer Paul Lorenz, indem er sich mit der gegenwärtigen Lohnbewegung beschäftigt und u. a. schreibt, daß

„die Reformisten und Christen die Auslieferung des Grubenkumpels an die französische Verwaltung betreiben.“ (Wörtlich: „Was neu hinzukommen könnte, das wäre ein möglicher Mißbrauch der Saarbergarbeiter zur Unterstützung der deutschen Außenpolitik in bezug auf die Forderung der Papen-Schleicher-Regierung in Frage der deutschen Aufrüstung.“

Herr Lorenz, ehemaliger Streikbrecher, hat in diesen insamen Ausführungen den jetzigen Lohnkampf der Bergarbeiter als politischen Kampf gestempelt und dabei selbst die Saarbündler, die auch 1923 den Existenzkampf der Bergarbeiter mit dem Ruhrstreik in Verbindung brachten, übertroffen.

Wenn die Gewerkschaften heute streiken, dann streiken sie nach Auffassung des Herrn Lorenz nur deshalb, um die Küstungen der Papen-Schleicher-Regierung zu unterstützen.

Wie es mit der „Einheitsfront“ der Kommunisten bestellt ist, zeigt ein Artikel vom 24. September 1932 in der „Arbeiterzeitung“ mit der Ueberschrift: „Wer will die Einheitsfront?“, in dem es heißt:

„Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Kaub schreibt im letzten Mitteilungsblatt des Einheitsverbandes der Eisenbahner auch von einem Zusammengehen der SPD. und KPD. Wir fragen auch hierzu: Es gibt in keinem Falle ein Zusammengehen von KPD. und SPD.; auch nicht, wenn wir die akute Fragen aufrollen, den Kampf der Bergarbeiter gegen den Lohnabbau.“

Die wenigen Ausschnitte zeigen wohl dem letzten Bergarbeiter, wo seine Freunde und Einheitsfrontler zu suchen sind. Es wird Aufgabe der organisierten Bergarbeiter sein, in ihrem Lohnabwehrkampf diesen Leuten auf die Finger zu sehen!

Warnung! Es werden in letzter Zeit Gerüchte verbreitet, daß ich dem Verband der Saarbergleute (Saarbund) angehöre. Ich warne hiermit jedermann, diese Gerüchte weiterzuerbreiten, da sie auf Unwahrheit beruhen und ich deshalb den Verbreiter gerichtlich belangen werde. K. Trautmann, Lamsborn.

# Geschäftstüchtige Braunkohlenherren.

## Die Notverordnung in der Bragis: Steigende Profite und brutaler Lohnabbau.

Die Unternehmer im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau führen seit Jahren einen hartnäckigen Kampf gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften mußten Schritt für Schritt im härtesten Kampfe eine Verkürzung der Arbeitszeit erstreiten. Jetzt scheinen die Unternehmer ihren früheren Standpunkt aufgegeben zu haben. Es gilt auch für sie, daß dort, wo Geschäfte winken, alle Grundzüge über den Haufen geworfen werden. Die Papen-Notverordnung zur Anhebung der Wirtschaft ist ursprünglich vom Braunkohlenbergbau sehr unfreundlich aufgenommen worden aus der Ueberlegung heraus, daß wenig Vorteile für die Braunkohlenindustrie aus ihr zu ziehen sind. Eine Verlautbarung des Braunkohlenindustrievereins zur Notverordnung brachte dies sehr deutlich zum Ausdruck.

Dieser Standpunkt wurde sofort anders, als die Durchführungsverordnung der Regierung erschien. Jetzt haben auch die Braunkohlenindustriellen Profite für sich winken und schwenkten in die Papen-Front ein. Unserer Ansicht nach sind die Mäne der Unternehmer nichts anderes als ein ungeheurer Raubzug auf den Geldbeutel der Arbeiter. Die Preisermäßigungen, die von Neueinstellungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau berichten, vergessen leider, der Öffentlichkeit bekanntzugeben, daß die Unternehmer hier ein Geschäft nur auf Kosten der Arbeiter machen.

In demselben Braunkohlenbergbau, wo die Forderung der Gewerkschaften auf Einführung der 40-Stunden-Woche abgelehnt wurde, führen heute die Unternehmer die 36stündige Arbeitswoche ein!

Dies bedeutet einen glatten Lohnabzug von 25 Prozent für die Belegschaften! Nach den Reden und Verordnungen des Reichszanzlers von Papen bezweckt er ja, die Kaufkraft der Arbeiterschaft zu stärken durch Mehreinstellung von Arbeitern. Die Lohnsenkung für den einzelnen Arbeiter soll im Höchstfall 12,5 Prozent betragen. Tatsache ist, daß bei den Braunkohlenunternehmungen, die bisher Neueinstellungen angekündigt haben, die Löhne bedeutend stärker herabgesetzt werden und auch die Gesamtlohnsumme des Werkes sich enorm verringert.

Die Michelwerke im Beiseltal wollen ab 3. Oktober die 36stündige Arbeitswoche einführen und 280 Arbeiter einstellen. Die Durchführung dieser Maßnahme bringt für die Michelwerke infolge der Steuergutscheine und der Einstellungsprämie einen Jahresverdienst von rund 200 000 M., sicher ein glänzendes Geschäft! Daß die Löhne der Arbeiter infolge der früheren Kürzung bei dieser brutalen Herabsetzung jetzt teilweise unter die Säge der Wohlfahrtsunterstützung sinken, kümmert die Unternehmer wenig!

Auch die Riebeck-Montanwerke wollen sich an dem Geschäft beteiligen und führen auf einzelnen Werken ebenfalls die 36stündige Arbeitswoche ein. Durch diese Maßnahme werden im Zeig-Weißenseiler Gebiet rund 200 Arbeiter neu eingestellt. Mit welcher Raffinesse die Unternehmer versuchen, sich die Vorteile der Notverordnung zunutze zu machen, beleuchtet folgender Vorgang:

In der Öffentlichkeit gibt man bekannt, daß man gewillt ist, mehrere hundert Leute einzustellen. Man hat aber inzwischen bei der Regierung Stilllegungsanzeige für ein anderes Werk eingereicht. So finden in den nächsten Tagen Verhandlungen über die Entlassung von 98 Arbeitern der Grube Raumburg des Riebeck-Montan Konzerns statt. Andere große Konzerne, wie die Anhaltischen Kohlenwerke und die Weitzen-Weißenseiler Braunkohlenwerke AG. wollen erst im Oktober zu den Fragen Stellung nehmen. Die Arbeiter lehnen das Vorgehen der Braunkohlenindustriellen auf das Schärfste ab. Sie sind bereit, auch ihrerseits mit dazu beizutragen, die Arbeitslosen wieder in den Betrieb hineinzubringen, das darf aber nicht einzig und allein auf Kosten der heute noch beschäftigten Arbeiter geschehen und zu einem riesigen Geschäft für die Werksleitungen anwachsen, sondern hier müssen alle Beteiligten Opfer bringen!

## Neueinstellungen bei der Mansfeld AG.

Bei den Verhandlungen über das von der Mansfeld AG. gekündigte Urlaubsabkommen am 26. September 1932 lehnte die Verwaltung die Gewerkschaften davon in Kenntnis, daß sie beabsichtige, durch Arbeitsfreistellung eine größere Anzahl Erwerbsloser einzustellen. Der Plan sieht vor, daß jeder Arbeiter in zwei Monaten drei Schichten feiert und dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, 570 Arbeiter neu einzustellen.

Ueber die Urlaubsfrage wurde eine Einigung nicht erzielt und werden die Verhandlungen in den nächsten Tagen fortgeführt. Die beabsichtigte Maßnahme der Arbeitsfreistellung wohl die Möglichkeit, eine größere Anzahl Arbeiter einzustellen, jedoch werden die heute schon sehr niedrigen Löhne der Mansfeld-Belegschaft dadurch noch weiter herabgedrückt.

## Erdölbohrungen bei Hildesheim.

Nach Zeitungsmeldungen will die englische Erdölgruppe Mercurio (London) bei Hildesheim in den Gemeinden Sorum, Groß- und Klein-Escherde, Hemmerle und Himelstür Anfang nächsten Jahres auf Erdöl bohren. Die Verträge mit ungefähr 350 Grundeigentümern des Bohrgebietes von über 15 000 Morgen sollen bereits abgeschlossen sein. Die Sachverständigen halten das Vorkommen von Petroleum in dieser Gegend für sehr wahrscheinlich.

Es zeigt sich auch hieran, daß tatsächlich die Auffassung nicht unbegründet genannt werden kann, die dahin geht, daß Deutschland viel mehr Rohstoffvorräte besitzt, die noch zu erschließen seien, als man heute allgemein annimmt. Es wäre zu wünschen, daß dem so ist und auch die Hildesheimer Bohrungen sich von Erfolg erweisen. Das würde nicht nur neue Arbeitsmöglichkeiten für die zur Delgewinnung notwendigen Arbeiter schaffen, sondern der Motorisierung der Verkehrsmitel neuen Antrieb geben können, was in unserem Zeitalter als wichtigster Faktor jeglicher Wirtschaftsbelebung gelten darf.

### Neuer Rechtsschulerfolg des Verbandes.

Grundlegende Urlaubsentscheidungen beim Reichsarbeitsgericht.

Auf Betreiben des Verbandes mußte sich am 21. September das Reichsarbeitsgericht wieder einmal mit Urlaubsstreitigkeiten befassen. Es hat dabei folgende grundsätzliche Entscheidungen gefällt:

Nach dem Ruhrtarif war Streit darüber entstanden, ob der Urlaub nur mit dem Urlaubsfreitag, also mit dem 1. April, erworben werden kann, oder ob dieses auch im Laufe des Urlaubsjahres möglich sei. Das Reichsarbeitsgericht hat in einer Entscheidung (Urteil vom 28. August 1931 RAG 48/31) zu einem fremden Tarifvertrag auf den Ruhrtarif Bezug genommen und festgestellt, daß ein am 1. Februar 1929 eingestellter Bergmann erst am 1. April 1930, also nicht am 1. Februar und am 1. April 1930 einen Anspruch auf Urlaub erworben habe. ...

Ein anderer nicht minder wichtiger Urlaubsstreit aus dem Dürerer Braunkohlentarif wurde ebenfalls durch ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts beendet.

Zur Entscheidung stand die Frage, ob der Urlaub mit dem Urlaubsfreitag am 1. April voll, also in der ganzen Höhe erworben wird und im Falle der Abkehr im laufenden Urlaubsjahr darüber hinaus noch ein anteiliger Urlaub zu gewähren sei. Zwei Mitglieder des Verbandes als Kläger waren am 3. November 1931 wegen Arbeitsmangel entlassen worden. Sie erhielten nur vier bzw. fünf Tage Urlaub, anteilmäßig errechnet nach der Länge der Beschäftigungszeit im laufenden Urlaubsjahr 1931-32. ...

Neben diesen angeführten günstigen Entscheidungen fällt das Reichsarbeitsgericht auch noch ein ungünstiges Urteil in einem Urlaubsstreit aus dem obersteleischen Steinkohlentarif. Ein Mitglied des Verbandes hatte im Januar 1932 nur die Hälfte seines Urlaubs, und zwar fünf Tage, erhalten. ...

### Aus dem Ruhrrevier.

„Revolutionäre“ Heldentat.

Die RPD. und die RSD. versuchen den Nachweis zu führen, daß nur die „roten“ Betriebsräte die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen und daß die „Reformisten“ Verräter sind. Wer Gelegenheit hat, außerhalb des Betriebes in Belegschaftsversammlungen usw. die Ausführungen sogenannter roter Betriebsräte zu hören und die Verhältnisse nicht näher kennt, muß annehmen, daß diese Weltverbesserer in den Betrieben alles auf den Kopf stellen. ...

### Verhandlungsergebnis im Saarbergbau.

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns gemeldet:

Auf Grund der Beschlüsse der Revierkonferenz der Saarbergleute, über die wir an anderer Stelle dieses Blattes berichten, waren die Vertreter der Bergarbeiter zum Minister der öffentlichen Arbeiten nach Paris gefahren. Der Minister Dablier empfing dieselben am 28. und 29. Sept. zu einer Besprechung, zu der auch die Vertreter der Saargruben geladen waren. ...

spürte man vom Heldennut und revolutionärem Geist! Zusammengeknickt mußte K. zugeben, daß seine Ausführungen nicht richtig gewesen sind und er leistete dem wehmütigen Abbitte, ja er unterschrieb einen Revers, worin er die Behauptungen, die er aufgestellt hatte, als unrichtig bezeichnete. Ist das nicht „revolutionär“?

### Erfolgreiche Betriebsratswahl.

Am 16. September fanden auf der Schachtlage Graf Schmerin in Castrop-Rauxel die Betriebsratswahlen statt. Zum erstenmal hatten auch die Nazis eine eigene Liste aufgestellt. ...

Table with 3 columns: Verband, Stimmzahl, Prozent. Includes entries for Christlicher Gewerkeverein, RSD., Nazis, and Nazis.

Dieses Ergebnis ist der beste Beweis, daß die richtige Erkenntnis auf dem Marsche ist. Es ist aber auch ein deutliches Zeichen dafür, daß der Boden für die Verbandsagitiation heute günstig ist. Also, ran an die Arbeit!

### Aus dem Bezirk Zeiß.

Jubilarehrung.

Furchtbar lastet seit Jahren auf der Menschheit die Krise, deren Folgen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch den einzelnen bedrücken. Die trostlose Zukunft vor Augen, dabei Hunger und Elend verspürend, bringt viele Menschen zur Verzweiflung, macht sie wankend im Glauben an die erlösende Aufgabe der Arbeiterbewegung. ...

Aufs beste vertraut mit den Verhältnissen unseres Bezirks, schilderte August Schmidt den Kampf, der geführt werden mußte und dankte den Kameraden für ihre Treue, die sie auch weiterhin halten mögen in den schweren Kämpfen der Zukunft. ...

### Konferenz in Süddeutschland.

Am 25. September fand in München eine Konferenz der Funktionäre unseres Verbandes statt. Kamerad Marimolle vom Hauptvorstand sprach über die wirtschaftspolitische Lage. ...

In dem Kampfe der Unternehmer gegen das System, gegen den demokratischen Staat und seinen sozialen Ausbau fehlen ihrem Ziele durch die Einsetzung der Regierung Papen scheinbar näher gekommen. Es sei aber das besondere Verhängnis, daß gerade diese Regierung, die Gegner jeder gebundenen Wirtschaft und damit des Sozialismus ist, sich gezwungen sehe, den Staat durch Subventionen an Industrie und Banken und Übernahme von Aktien immer mehr in die Wirtschaft einzuschalten. ...

Reicher Beifall wurde dem Kameraden Martmüller an Schluß seiner vortrefflichen Ausführungen zuteil. Um den guten Eindruck nicht zu verwischen, verzichtete die Konferenz einstimmig auf eine Diskussion.

Die Bezirksleitung ging dann auf die Notverordnung und ihre Ausführungsbestimmungen ein und zeigte an Hand einzelner Beispiele, welche verheerende Auswirkungen dieselbe auf dem Gebiete der Löhne haben kann. Die Konferenz nahm dann Stellung zur Statutenänderung und Auffstellung eines Werbeprogramms für das Winterhalbjahr. ...

### UNSERE TOTEN

Wie wir erfahren, ist Hans Portenkirchner, der als erster Angestellter unseres Verbandes für Bayern tätig war, plötzlich gestorben. Er war eine Zeilang Arbeitersekretär in Augsburg und später nach Amerika ausgewandert. ...

### Verbandsnachrichten

#### Statutarische Erwerbslosenunterstützung.

Berichtigung.

Im Verbandsstatut fällt im § 30 Absatz 2 in der siebenten Zeile das Wort siebenfägigen fort.

#### Rechtsschutz

Geschäftsstelle Gießen. Wir bitten die Kameraden, genau zu beachten, daß die Sprechstunden in der Geschäftsstelle nur jeden Mittwoch von 8 bis 13 Uhr und von 14 bis 17 Uhr stattfinden. ...

#### Adressenveränderungen.

Bodum-Hövel. Kamerad Paul Theisinger, Bodum, Körnerstraße 31, hat ab 15. September 1932 die Raffengeschäfte übernommen. ...

#### Auszahlung von Unterstützungen.

Stoppenberg. Verbandsbücher zwecks Unterstützung müssen ab 10. bis 15. jeden Monats beim Kassierer Bentrup, Schwanthidenstraße 7, abgegeben werden. ...

#### Bücherrevision.

Essen-Bochold. Im Monat Oktober. Bücher bereit halten!

### Die Gesundheit

wieder erlangt. Seit über 1 Jahr nehme ich Silphoscolin-Tabletten gegen mein Lungenleiden und möchte Ihnen heute meinen Dank aussprechen. Sie haben mir mit Ihrem Präparat meine Gesundheit wieder verschafft. ...

### Konkurrenzlos herabgesetzte Preise!

### Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Vertrauliches, best-realstes christliches Haus! 1 Pfund ganz hellweißer Bettfedern 2,00 u. 0,60, halbweiße gebleichte 1,50, weiße, flammgerichte 1,60, 2, ...

### Ihr Brotanstrich

### „Traffler“

mit bestem Jüder eingedigt: gesund und billig 100 Pack gelobt. 10-Pf. Brot für nur 2,70 10-Pf. Brot für nur 2,90 ...

### Gummi

geg. Artikel Preis B.3 gratis. Kautschuk-Belag „Medicus“, Berlin SW 68 ...

### Jch heiße Ihnen!

Gummi, Erbsen, Tee, Preislisten durch Wohlleben & Weber G. m. b. H., Berlin W 30 43.

### Billige böhmische Bettfedern

### Nur reine gutfüllende Sorten.

1 Kilo: ganz gefüllte 2,00, halbweiße 1,50, weiße 1,00, ...

### Konkurrenzlos. Garantieschein f. 3 Jahre

Gute Taschenuhr nur 1,80 2,50 Herren-3/4-Uhr ...

### Billigste neue Gänsefedern

mit Damen, doppelt gereinigt, 240, beste 2,90, Halbdamm 3,50, Edel 4,50, ...

### Riesenerleistung!

### Jeder rauche Stumpfen

Zigarete Aus best. Überstahk, 8,5 cm groß, 100 St. nur 1,50,- Rauchtabelle v. M 1,20 p. Pid. an geg. Nachn. Preis, gratis. ...

### Original Goodyearwelt

Herren-Halbschuhe und ca. 400 andere Modelle bringt der neue Prachtkatalog der ...

### Bettina

Verbandsabteilung BERLIN C. 62 Königstraße 43-44. Auch Strümpfe z. B. Arbeitsocken 3 Paar 1,- Mk.

### Handliche Artikel

Laubsägerei 35 1. Preis 35 ...

### Togal

### unübertroffen bei Rheuma - Gicht Kopfschmerzen

Ischias, Hexenschuss u. Erkältungskrankheiten. Stark harnabscheidend, bakterientönd! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

### Aus der Tiefe

Bergarbeiter-Gedichte und -Lieder von Hr. Kämpchen. Der Band enthält die besten Gedichte der seit Jahren vergifteten dreibändigen Ausgabe sowie einen Teil noch nicht veröffentlichter Gedichte und Lieder. ...

### Anerkannt beste Bezugsquelle!

### Billige böhmische Bettfedern

und Daunen. Nur reine, gutfüllende Qualität. 1 Pfund ganz, gute, gefüllte 50 Pf. ...

Gewerkschafter! Konsumverein! Fuch Kampf um ein auskömmlich Brot ...

Sächsische Bettfedern- Fabrik P. Hoyer, Döllschütz 79 Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4 ...

In Kürze erscheint unsere Bergarbeiter-Taschenkalender 1933 Er kostet in Leinen gebunden und mit Bleistift versehen nur 50 Pfennig.